



Foto: Andi Weiland/gesellschaftsbilder

Bereits Kleinkinder erfahren unterschiedlich Förderung.

Ungleiche Chancen belegt

180 Jahre bis zum Aufstieg

In Deutschland sind die Aufstiegschancen für Kinder aus armen Familien immer noch geringer als in vielen anderen Industrieländern. Das belegt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Demnach kann es hierzulande bis zu sechs Generationen oder 180 Jahre dauern, bis Nachkommen einer einkommensschwachen Familie das Durchschnittseinkommen erreichen. Eine entscheidende Rolle spielt dabei das deutsche Bildungssystem.

Genauso schlecht stehen die Chancen in Frankreich und Chile. Noch länger dauert der Aufstieg nur in Brasilien und Südafrika (neun Generationen) und in Kolumbien (elf Generationen). Am besten schneidet Dänemark (zwei Generationen) ab, gefolgt von Norwegen, Finnland und Schweden (drei Generationen).

In den meisten OECD-Ländern gebe es praktisch keine „soziale Mobilität“ mehr, lautet das Fazit der Studie. Einkommen, Beruf und Bildungsniveau würden weitergegeben. So haben in Deutschland 42 Prozent der Kinder von Geringverdienern selbst einen niedrigen Verdienst. Nur neun Prozent von ihnen gelangen in die höchste Verdienstgruppe. 53 Prozent der Kinder, deren Eltern einen höheren Abschluss haben, folgen diesen nach. Das schaffen nur elf Prozent der Kinder mit niedrig gebildeten Eltern. Fast jedes zweite Kind einer Führungskraft führt später selbst, hingegen nur eins von vier Kindern aus Arbeiterfamilien.

Der Studie zufolge verringern unter anderem der Kitaplätze-Mangel für Kinder unter drei Jahren, fehlende Ganztagschulen und die frühe Trennung im mehrgliedrigem Schulsystem die Chancen für Kinder aus bescheidenen Verhältnissen, eventuelle Bildungsrückstände aufzuholen.

Wohnungsfrage wird zur sozialen Frage – SoVD fordert Politik zum Handeln auf Das Recht auf gutes Wohnen

Fortsetzung von Seite 1

größe über das zumutbare Maß hinaus bescheiden oder aber so viel Einkommen für das Wohnen aufwenden, dass zu wenig Geld zum Leben übrig bleibt. So wird die Wohnungsfrage zunehmend zur sozialen Frage. Insbesondere dann, wenn veränderte Lebensumstände einen Wechsel notwendig machen, wird es für Betroffene schwieriger, überhaupt ein neues Zuhause zu finden. Eine fatale Abwärts-spirale nimmt für immer mehr Menschen ihren Lauf.

Als eine der größten und traditionsreichsten Interessenvertretungen für sozial benachteiligte Menschen hat der Sozialverband Deutschland (SoVD) das wichtige Thema auf die Agenda gesetzt. Mit dem Impulspapier „Gutes Wohnen – überall! Für alle!“, fordert der Verband die Politik zum zügigen Handeln auf.

„Sorgen um bezahlbaren Wohnraum verursachen erhebliche Existenzängste!“, stellt SoVD-Präsident Adolf Bauer dazu fest. Der SoVD drängt deshalb unter anderem darauf, die Verwirklichung des Rechts auf angemessenen und bezahlbaren



Foto: Christian Schwier/fotolia

Auf dem Land gibt es genügend Wohnraum, dafür mangelt es oft an der notwendigen Infrastruktur.

Wohnraum für alle Menschen als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen. Dabei beruft sich der Verband darauf, dass das Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse überall im Bundesgebiet zu schaffen, in Artikel 72 des Grundgesetzes angelegt ist.

Der Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge, der diese Gleichwertigkeit ausmache, sei aktuell in vielen ländlichen Regionen und benachteiligten Stadtquartieren gefährdet, kritisiert Bauer. „Politik und Ver-

waltung sind aber verpflichtet, allen Bürgerinnen und Bürgern die Leistungen zur Verfügung zu stellen, die für eine menschenwürdige Existenz unabdingbar sind, und dies in guter Qualität, zu erschwinglichen Preisen und in zumutbarer Entfernung.“

So zielen alle SoVD-Forderungen darauf, gleichwertige und gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen. Weitere Maßnahmen flankieren das Impulspapier, das in Kürze unter www.sovd.de herunter-

geladen werden kann. Auch der Parlamentarische Abend des Verbandes im September steht unter dem gleichen Thema. *veo*

Wie sind Ihre Erfahrungen mit steigenden Mieten in der Stadt? Oder wohnen Sie auf dem Land und leiden unter mangelndem Zugang zu Einrichtungen wie Kitas, Schulen oder Arztpraxen? Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen an: SoVD-Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, E-Mail: redaktion@sovde.de, Stichwort: „Gutes Wohnen“.

SoVD-Präsident fordert die Rentenkommission zum Erhalt von Grundvertrauen auf

Rentenniveau stabilisieren und erhöhen

Anfang Juni hat die Rentenkommission der Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Bis 2020 soll sie Vorschläge erarbeiten, wie das System der gesetzlichen Rentenversicherung gesichert und finanziert werden kann. SoVD-Präsident Adolf Bauer wandte sich jetzt mit einem – in den Medien viel beachteten – Brief an das Gremium. In dem Schreiben fordert der SoVD-Präsident die Gremiumsspitze unter anderem dazu auf, längerfristig zum früheren Rentenniveau von 53 Prozent zurückzukehren.

Es war Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD), der die Rentenkommission vor wenigen Wochen der Öffentlichkeit vorstellte. Demnach leiten zwei ehemalige Bundestagsabgeordnete und erfahrene Sozialpolitiker das Gremium, nämlich der CDU-Politiker Karl Schiewerling und die frühere Arbeitsstaatssekretärin Gabriele Lösekrug-Möller (SPD). Insgesamt gehören der Kommission zehn Personen an: neben den Sozialexperten aus den Bundestagsfraktionen von Union und SPD auch Vertretende von Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie drei Wissenschaftler, unter ihnen der Vorsitzende des Sozialbeirats und langjährige DIW-Forscher Gert Wagner. Oppositionsparteien und Sozialverbände wie der SoVD sind hingegen nicht vertreten.

In den Koalitionsverhandlungen hatten SPD und Union das strittige Thema weitgehend ausgeklammert. Eine Einigung erzielten sie nur bis zum Jahr



Foto: highwaystarz/fotolia

Tausende ältere Menschen leben schon heute von Grundsicherung. Der SoVD fordert langfristig eine Erhöhung des Rentenniveaus.

2025. Bis dahin darf der Beitragssatz nicht über 20 Prozent steigen und das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken.

Eine verschärfte Situation wird jedoch insbesondere nach 2025 erwartet. Dann gehen die „Babyboomer“ in den Ruhestand. Für diese Zeit werden rentenpolitische Lösungen not-

wendig, die für alle Generationen greifen. Im März 2020 will die Kommission ihre Ergebnisse vorstellen. Sie sollen noch binnen dieser Legislaturperiode umgesetzt werden.

In seinem Schreiben an die Rentenkommission verdeutlicht SoVD-Präsident Adolf Bauer die Positionen des Verbandes.

Er stellt dabei fest: „Die prognostizierte Rentenerhöhung ist für Millionen Rentnerinnen und Rentner ein Lichtschimmer am Horizont. Unabhängig davon bleibt das Problem Altersarmut akut. Schon heute leben 525 000 ältere Menschen von der Grundsicherung.“ Damit das Grundvertrauen in die bewährte gesetzliche Rente erhalten bleibe, müsse insbesondere das vereinbarte Ziel, das Rentenniveau bei 48 Prozent zu stabilisieren, tatsächlich erreicht werden, so der SoVD-Präsident.

Bauer fordert die Bundesregierung dazu auf, längerfristig zum früheren Rentenniveau von 53 Prozent zurückzukehren. Überfällig seien auch die Abschläge auf die Erwerbsminderungsrenten und die Kürzungsfaktoren: „Sie müssen abgeschafft werden.“ Der SoVD, der sich eine stärkere Einbindung gewünscht hätte, wird die Arbeit der Kommission kritisch und mit konstruktiver Aufmerksamkeit begleiten. *veo*